

16. November 2022

**Postulat**

Fraktionen SP und Grüne

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine ausführliche Untersuchung in Auftrag zu geben. Diese Untersuchung(en) soll(en) die letzten rechtsextremen Angriffe, sowie das Vorgehen und allfällige Fehler von Seiten der Stadt bzw. Polizei untersuchen und künftige Handlungsmöglichkeiten – auch präventive – gegen Rechtsextremismus aufzeigen. Dem Gemeinderat soll über die Untersuchung Bericht erstattet werden. Folgendes soll damit beantwortet werden:

- Wie es zu den wiederholten rechtsextremen/neofaschistischen Angriffen in letzter Zeit kommen konnte.
- Was bereits getan wird und was in Zukunft allenfalls verstärkt getan werden kann/muss, um solche Angriffe zu verhindern.
- Wie das Vorgehen der Polizei in Bezug auf den Umgang mit rechtsextremen/neofaschistischen Gruppierungen im Allgemeinen ist.
- Wie das Vorgehen der Polizei bei folgenden konkreten Anlässen war: Auftritt rechtsextremer/neofaschistischer Gruppierungen am 1. Mai 2022, Angriff auf den Pride Gottesdienst am 19. Juni 2022 sowie auf das Tanzhaus am 16. Oktober 2022.
- Welches Verbesserungspotential bezüglich der statistischen Erfassung vorhanden ist.
- Welche konkreten Handlungsmöglichkeiten es für die Stadt Zürich und ihrer Organe gibt, um die «Salonfähigkeit» des Rechtsextremismus einzudämmen und präventiv gegen die weitere Erstarkung dieser Gruppen in der Stadt Zürich vorzugehen.

**Begründung:**

Die Stadt Zürich hat in den letzten Monaten ein Erstarken und vermehrtes öffentliches Auftreten rechtsextremer Gruppen erlebt. Diese Gruppen fühlen sich anscheinend so sicher und salonfähig, dass sie am helllichten Tag Angriffe auf vulnerable Communities durchführen.

Diese Angriffe auf Minderheiten und spezifische Communities durch gewaltbereite, organisierte Gruppen sind ein Angriff gegen eine freie und demokratische Gesellschaft und somit gegen uns alle. Die Angriffe sind unhaltbar und müssen aktiv verhindert werden. Der Stadtrat und die Polizei sind verpflichtet, die Bevölkerung der Stadt Zürich vor solchen Gewalttaten zu schützen.

In den letzten Jahrzehnten wurde Rechtsextremismus in der Regel als Einzelphänomen verstanden, mit dem Resultat dass die Behörden auch in der Schweiz für den Umgang mit vernetzten, organisierten rechtsextremen Akteur:innen ungenügend vorbereitet sind. Aktuell tritt der Rechtsextremismus in eine neue globale Phase ein mit einer Häufung rechtsextremer Taten und gleichzeitig mit neuen Formen des Auftretts und des Erscheinungsbilds.

Die Stadt Zürich sollte entsprechend ihre Reaktionen auf die vergangenen Angriffe ausführlich reflektieren und sich und die städtischen Behörden besser auf das Erstarken dieser Gruppen und die damit einhergehenden Gefahren wappnen. Wir fordern darum den Stadtrat dazu auf, eine ausführliche und externe sowie interne Untersuchung in Auftrag zu geben. Diese sollte die Angriffe sowie allfällige Fehler von Seiten der Stadt bzw. Polizei untersuchen und künftige Handlungsmöglichkeiten – auch präventive – gegen Rechtsextremismus aufzeigen.



*J. Böhmann*